

Michael Vassiliadis

Zur Nachhaltigkeits- und Ökologiediskussion

Einige Aspekte aus Sicht einer Industriegewerkschaft

Es gibt wohl nur wenige Begriffe, die so inflationär und unscharf gebraucht, teilweise missbraucht werden, wie der Begriff der »Nachhaltigkeit«. So wird aktuell fast jede Maßnahme mit dem Attribut »Nachhaltigkeit« versehen. Gleichzeitig zeigt die inflationäre Verwendung des Begriffes an, dass alle gesellschaftlichen Akteure wissen, oder zumindest ahnen, dass unsere derzeitige Nutzung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen auf Dauer nicht tragfähig ist.

Wer, wie die IG BCE sich bewusst den Begriff der Nachhaltigkeit als Kennzeichen ihrer Politik zu eigen macht, muss sich notwendigerweise mit dem Begriff und den vielfach verschiedenen dahinter liegenden Konzepten auseinandersetzen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind gefordert, dies noch intensiver zu tun, als in der Vergangenheit. Nur so kann es gelingen, zu in der Breite gesellschaftlich akzeptierten und tragfähigen Konzepten zu kommen, auf deren Grundlage dann die richtigen praktischen Schritte folgen können.

Für die IG BCE als Organisation von Beschäftigten, die vielfach in energie- und ressourcenintensiven Unternehmen oder direkt in der Energiewirtschaft selbst arbeiten, stellt sich die Frage einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht erst seit heute. Bereits in den 90er Jahren beteiligte sich die IG Chemie-Papier-Keramik (einer der Vorläuferorganisationen der IG BCE) in der Parlamentarischen Enquetekommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« (1994-1998), die sich mit Stoffkreisläufen in der Industriegesellschaft beschäftigte. Sie trug mit dazu bei, dass die nachhaltige Entwicklung in die politische Agenda der Bundesrepublik aufgenommen wurde. Schon damals waren sich die Gewerkschaften der Notwendigkeit bewusst, dass ein Umsteuern zu einer ressourcenschonenden und effizienteren Produktion von Gütern, Waren und Dienstleistungen unabdingbar ist. Damals wurden wertvolle Vorarbeiten geleis-



Michael Vassiliadis

(* 1964) ist seit 2009 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.

michael.vassiliadis@igbce.de

tet, um zu einem umfassenden Begriff der Nachhaltigkeit zu kommen. Bereits die Enquetekommission hatte schon einen zu eng auf ökologische Fragen fixierten Begriff der Nachhaltigkeit abgelehnt: Nur die zusätzliche Einbeziehung der ökonomischen und sozialen Dimensionen in notwendige Entscheidungsprozesse gewährleistet sachgerechte und dauerhafte Lösungen.

Ein in dieser Weise erweiterter Nachhaltigkeitsbegriff erlaubt auch das Erfassen der wesentlichen globalen Herausforderungen.

Eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung ist nur zielführend bei einer gleichrangigen Integration ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange. Die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, sowie die Voraussetzungen für Wohlfahrt heutiger wie künftiger Generationen zu schaffen, wird nur im permanenten Ausbalancieren der drei Nachhaltigkeitsziele Arbeit – Umwelt – Soziales zu erreichen sein. Die dabei nicht zu vermeidenden Zielkonflikte zwischen Umwelt, Wirtschaft und Sozialem müssen analysiert, gewichtet und für beide

– Umwelt und Mensch – verträglich und vorausschauend gestaltet werden.

Der entscheidende Maßstab für den Erfolg jedweder Politik besteht nicht in der Formulierung von politischen Strategien, sondern in ihrer Umsetzung. Es muss mehr getan werden, um nachhaltige Entwicklungsprozesse anzustoßen und erfolgreich zu gestalten. Dabei kommt dem Klimaschutz eine herausragende Bedeutung zu.

Beispiel Klimaschutz

Den zentralen Klimaschutz-Baustein einer Nachhaltigkeitsstrategie bildet der effizientere und effektivere Umgang mit Energien und Ressourcen, das heißt wir benötigen eine nachhaltige Energie- und Rohstoffwirtschaft. Gerade als rohstoffarmes Land muss uns daran gelegen sein, Impulse mit innovativen Produkten und Dienstleistungen zu erzielen, um den steigenden Bedarf an Energie, Wasser, Nahrung, Mobilität und Wohlfahrt klimaverträglich erfüllen zu können. Grundsätzlich muss eine nachhaltige Klimaschutzpolitik zudem auch die Entwicklungszeiträume von Technologien und Investitionszyklen berücksichtigen.

Auf dem Weg in das Zeitalter der »Regenerativen« – ein alternativloser Prozess – ist die effiziente Nutzung fossiler Energieträger mit der modernsten Kraftwerkstechnologie unumgänglich, da eine kurzfristige Umstellung auf erneuerbare Energieerzeugungseinheiten aus Zeit- und Kapazitätsgründen nicht realisierbar ist, und sich ein »weiter so« mit der vorhandenen Technologie aus den bekannten Gründen (Ressourceneffizienz, Klimaschädlichkeit) verbietet. In dieser Transformationsphase zu den »Regenerativen« sind Forschung und Entwicklung gefordert, das heutige Abfallprodukt CO₂ zur Basis neuer Rohstoffe werden zu lassen und damit einen wichtigen Kreislauf in der industriellen Fertigung zu schließen. Da diese Option noch weit in die Zukunft gerichtet ist, müs-

sen auch die Klimaschutzpotenziale der greifbaren CO₂-Abscheidungs- und Speichertechnologien genutzt werden.

Ein nachhaltiger Politikansatz weiß also um die Potenziale einer leistungsfähigen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Die IG BCE organisiert Beschäftigte in wichtigen Schlüsselindustrien für den Klimaschutz wie die Chemische aber auch Solarindustrie. Chemische Erzeugnisse und Technologien leisten direkt oder indirekt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaschutzziele. Eine Studie zeigt, dass bei der BASF mit jeder produzierten Tonne Kohlendioxid drei Tonnen Kohlendioxid in anderen Branchen vermieden werden. Das heißt, die Chemie ist über ihre Produkte viel mehr Problemlöser denn Problemverursacher beim Klimaschutz, etwas, das in Gesellschaft und Politik oft verkannt wird. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind nur mit einer Technologieoffenheit und einer offensiven Forschungs- und Innovationsförderung erreichbar.

Während die steigende Arbeitseffizienz in den vergangenen Jahrzehnten zu einem deutlich sinkenden Anteil an Personalkosten geführt hat, haben sich die Energie- und Materialeffizienz dagegen in einem viel geringerem Maße verbessert, so dass der Personalkostenanteil in einigen Industriezweigen bei 15 % und der Materialkostenanteil bei über 50 % liegen. Die Einsparungskosten beim Materialeinsatz in der deutschen Wirtschaft sind längst nicht ausgeschöpft. Es gilt diese Potenziale zu heben und die Energie- und Ressourceneffizienz als wichtigen Wettbewerbs- und Klimaschutzfaktor zu erkennen. Dies muss ein zentraler Bestandteil langfristiger orientierter Standort- und Beschäftigungspolitik der Gewerkschaften sein.

Dabei bekommen Fragen der Bildung, der Motivation und Partizipation in einer wissensbasierten Ökonomie eine wachsende Bedeutung. Innovation ist kein technischer Vorgang, sondern ein komplexer so-

zialer Prozess. Ökonomische Interessen, gesellschaftliche und betriebliche Kräfteverhältnisse, kulturelle Wertevorstellungen und Normen spielen eine entscheidende Rolle. Deshalb ist die Einbindung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen unabdingbar.

Damit gewinnen die »traditionellen« Gewerkschafts- und Betriebsratsthemen, wie Tarifpolitik, Gesundheitsschutz sowie Arbeitssicherheit an Bedeutung: Eine erfolgreiche Innovationspolitik, die den Einsatz von Ressourcen immer effizienter gestalten will braucht »Gute Arbeit«. Es gilt die Steigerung der Energie- und Materialeffizienz und einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft mit guten Arbeitsbedingungen und hoher Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten zu verbinden. In diesem Sinne müssen die Gewerkschaften eine aktive Gestaltungsrolle in Unternehmen und Gesellschaft wahrnehmen und mit den Sozialpartnern und Betriebsräten nach *win-win*-Lösungen suchen.

Steigender Wasserverbrauch (Trink- und Brauchwasser) und der steigende Flä-

chenverbrauch sind Beispiele für globale aber auch nationale Herausforderungen an denen die Komplexität sichtbar wird, denen sich eine nachhaltige Entwicklung stellen muss. Einseitige Problemanalysen und Lösungsansätze führen allenfalls zu kurzfristigen Erfolgen. Wer beispielsweise die ökonomischen Potenziale nicht sieht oder das kreative Potenzial der Menschen nicht nutzt, greift zu kurz. So werden die »großen« Herausforderungen nur mit einer leistungsfähigen Industrie, die durch eine moderne Industriepolitik klare Ziel- und Steuerungssignale bekommt, bewältigt werden können.

Beispiel Landschaftsverbrauch

Der aktuelle Flächen- und Landschaftsverbrauch in Deutschland beträgt auch heute noch täglich über 110 Hektar. Wir sind weit entfernt von dem in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie angestrebten Ziel von 30 Hektar Flächenverbrauch pro Tag. Die Gewerkschaften unterstützen

daher das Ziel der Bundesregierung, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2020 von heute über 110 ha pro Tag auf 30 ha pro Tag zu begrenzen. Dieses ist ein anspruchsvolles Ziel, wenn man bedenkt, dass trotz der demografischen Entwicklung der Flächenverbrauch in Abhängigkeit der konjunkturellen Lage in den letzten 15 Jahren mit durchschnittlich 110-120 ha pro Tag konstant geblieben ist.

Gerade im Bereich der Nachnutzung industrieller Brachflächen, sowie auf dem Gebiet der Sanierung und Rekultivierung ehemaliger Braunkohletagebaue und der Sanierungsaktivitäten in Uranerzbergbau bietet die IG BCE ein hohes Erfahrungspotenzial an. Nach der Wende sind in Ostdeutschland auf ehemaligen Chemiestandorten in einer konzertierten Aktion von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften moderne Industrieparks wie zum Beispiel das *Solar Valley* in Sachsen-Anhalt entstanden. Diese Industrieparks bieten neben charakteristischen »Vor-Ort-Dienstleistungen« mit hohen ökologischen Standards die entsprechenden Infrastrukturen an, und bilden Kristallisationskerne für Startups und kleine und mittlere Unternehmen an.

Beispiel Wasser

Wasser ist nicht nur der Ursprung des Lebens, sondern es ist eine lebensnotwendige Ressource, die im Gegensatz zu anderen Ressourcen »nicht verbraucht«, sondern nur »benutzt« wird und, bedingt durch seine Nutzungsvielfalt, gepaart mit Verschmutzung und Verschwendung, auch Nutzungskonflikte in sich birgt. Diese Konflikte werden verstärkt durch die wachsende Weltbevölkerung und die damit verbundene Urbanisierung und Industrialisierung. Dazu kommt außerdem der sich abzeichnende Klimawandel in all seinen Facetten. Das Wasserangebot in Deutschland, welches zu weniger als 20 % in An-

spruch genommen wird (davon ca. 10 % Energieerzeugung, ca. 4 % Bergbau und verarbeitendes Gewerbe, ca. 3 % öffentliche Wasserversorgung), kann im Vergleich zu anderen Regionen auf unserem Globus als »üppig« bezeichnet werden und wird durch eine flächendeckende Infrastruktur der Ver- und Entsorgung den Nutzern zur Verfügung gestellt. Global betrachtet stellt sich die Situation der Wasserversorgung und damit der Ressource Wasser in einem breiten Spektrum hinsichtlich Qualität, Verfügbarkeit, Versorgungssicherheit, Menge und Finanzierbarkeit dar. Da das Lebensmittel Nr. 1 weltweit nicht irgendein beliebig austauschbares Produkt ist, werden an das »Management der Ressource Wasser« unter dem Fokus der Nachhaltigkeit bei Beachtung der Nutzervielfalt hohe Ansprüche gestellt, das heißt ökologische Aspekte sind umfassend zu berücksichtigen und die Versorgung (Trink- und Brauchwasser) muss in den Naturhaushalt eingebettet sein. Der blaue Planet Erde ist zwar zu zwei Drittel mit Wasser bedeckt und dieses Mengenverhältnis (Land/Wasser) verführt immer noch zur Unbekümmertheit im Umgang mit der Ressource Wasser, bedenkt man aber, dass ca. 3 % des irdischen Wassers als Süßwasser vorliegen und davon mehr als die Hälfte als Eis an den Polen in fester Form gebunden ist, wird schnell klar, dass weniger als 1 % unmittelbar verfügbar ist, das heißt aber nicht unbedingt auch für den menschlichen Gebrauch geeignet. Die Ressource Wasser als Lebensraum, »Wirtschaftsgut«, Nahrungsmittel und Klimamaschine ist nicht substituierbar und die Nutzungskonflikte sind mit Instrumenten der Nachhaltigkeit zu entschärfen. Dabei sind als vordringlichste Aufgaben die Verschmutzung und die Verschwendung in Angriff zu nehmen, was eine große Herausforderung für die Menschheit und deren humanitäre und wirtschaftliche Interessen darstellt. Die zentrale Aufgabe für die »globale« Gewässerschutzpolitik ist es, das ökologische Gleichge-

wicht der Gewässer zu erhalten, respektive wieder herzustellen, die Wasserver- und Entsorgung auf allen Nutzerebenen zu gewährleisten und sicher zu stellen sowie alle Formen der Wassernutzung, die dem Gemeinwohl dienen, möglichst im Einklang mit der Natur nachhaltig zu sichern.

Aufgaben der Gewerkschaften

Die drei Beispiele zeigen die Komplexität, Dynamik und die Verflechtung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Erfahrungen bei der sozialverträglichen Gestaltung des ökonomischen Strukturwandels können die Gewerkschaften wichtige Beiträge leisten, diese Komplexität und

Herausforderungen zu bewältigen und damit zur Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft beizutragen. Trotzdem sind die Gewerkschaften gefordert ihre Lernfähigkeit zu erhöhen, das heißt die Fähigkeit, aus vorhandenem Wissen möglichst rasch neues Wissen zu erzeugen, um damit ihre Ideen und Innovationen in eine zukunftsfähige Entwicklung einzubringen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Weg in eine nachhaltige Gesellschaft unter den nationalen aber auch globalen Bedingungen mit Interessen- und Zielkonflikten verbunden sein wird. Gewerkschaften müssen daher den lösungsorientierten Dialog mit allen gesellschaftlichen Interessengruppen – auch mit NGO und Umweltverbänden – intensivieren. Nur so werden die Gewerkschaften ihren Gestaltungsanspruch erfüllen können.

Nina Kolleck

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung?

So häufig Milton Friedmans Aussage: »The social responsibility of business is to make profits« auch zitiert wurde, seit einigen Jahren werden auch Unternehmen mit wachsenden politischen Erwartungen konfrontiert und für Probleme wie Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und Korruption verantwortlich gemacht. Unsere Autorin geht der Frage nach, wie sich multinationale Unternehmen an den diskursiven Auseinandersetzungen über nachhaltige Entwicklung beteiligen.

Etliche Initiativen sind bereits entstanden, die sich mit dem Thema nachhaltige Entwicklung in global agierenden Unternehmen auseinandersetzen, und ökologische und soziale Normen sind zu strategisch bedeutsamen Inhalten der Unternehmenspolitik geworden. Vor allem große multinationale Unternehmen reagieren auf die neuen Entwicklungen, indem sie Netzwerke für die Gestaltung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung kreieren. Sie verfolgen unter anderem das Ziel, die Herausbildung von Normen, Institutionen und Diskursen gemeinsam besser zu beeinflus-



Nina Kolleck

(* 1980) ist Promotionsstipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung und promoviert an der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin.

n.kolleck@gmx.de

sen. Gleichzeitig wirkt das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wie ein Elixier, dem sich kaum jemand entziehen kann. Zivilgesellschaftliche Akteure, Regierungsvertreter, Medien, internationale Organi-